

Bemessung des Gebührenäquivalentes von dem Kirchen- und Pfründenvermögen

von Anton Pinzger, Consistorial-Sekretär in Linz.

Laut Finanz-Ministerial-Erlaß vom 26. Juli 1880¹⁾ hat die Einkommens-Bemessung des dem Gebührenäquivalente unterliegenden beweglichen und unbeweglichen Vermögens für das vierte Decennium (1881—1890) längstens bis Ende April 1881 zu geschehen und sind nach §. 21 die Bekenntnisse von den Äquivalentpflichtigen in Wien, Prag und Lemberg, in Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Krain, Schlesien, im Küstenlande und in der Bukowina bei den in diesen Städten und Ländern aufgestellten Gebührenbemessungsämtern, also nicht bei den zugehörigen Steuerämtern, in den übrigen Kronländern bei den zuständigen Finanzbezirksdirectionen zu überreichen und zwar auf den vorgeschriebenen Formularen, welche bei jedem Steueramte zu bekommen sind. Da die ebenfalls mittelst eigener Formularen einzubekennenden Rechte, wie das Jagd-, Fischerei-, Mühl-, Schank-, Markt-, Mauth- und Ueberfuhrrecht bei Kirchen und Pfründen fast gar nicht vorkommen, so befassen wir uns hier nur mit der Art der Einkommens-Bemessung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens, und zwar wie in Oberösterreich und wohl auch in den Kronländern die Gepflogenheit herrscht.

A. Einkommens-Bemessung des beweglichen Vermögens.

(Formular auf der nächsten Seite.)

Rubrik 1. Hier ist der bare Kassabestand am 1. Jänner 1881 ohne Rücksicht auf Zweck und Verwendung einzustellen²⁾, dann die Interessenrückstände und zwar nach der Gutmachung der Kirchenrechnung pro 1880³⁾

Rubrik 2 und 15 ergänzen sich; in die letztgenannte Rubrik sind jene Capitalien einzustellen, welche in den Jahren 1872—1880 incl. durch Schenkung, Stiftung oder Vermögensübertragung von Todeswegen erworben wurden⁴⁾, in die

¹⁾ Die im Nachstehenden angeführten Paragraphen beziehen sich auf diesen Erlaß, welcher bei jedem Steueramte um 5 kr. zu erlangen ist.

²⁾ Es versteht sich von selbst, daß, je weniger Barschaft vorhanden ist, desto weniger Gebührenäquivalent zu zahlen kommt, daher es für die Kirche nur von Nutzen sein kann, wenn etwa nothwendige Anschaffungen noch im Verlaufe des Jahres 1880 gemacht wurden und hiedurch die Barschaft möglichst erschöpft worden ist.

³⁾ Bei dem Pfründenvermögen ist diese Rubrik nicht auszufüllen, da eine etwa vorhandene Barschaft ohnehin dem Pfründeninhaber gehört.

⁴⁾ Auf bewegl. Sachen, welche nicht auf eine der 3 obigen Arten im letzten Decennium zugewachsen sind, sondern auf andere Weise, z. B. durch Re Frucht-

Einkennenntniß des beweglichen Vermögens

nach dem Vermögensstande am 1. Jänner 1881.

aus dem Vermögensstande am 1. Jänner 1881.

Gegenstand	W e r t h	Anmerkung				
	laut Rechnung Anlage des Verpflichteten gerichtliche Schätzung, Börsekurs	einzeln	zu- sammen	Richtig gestellter Betrag		
		fl.	fr.	fl.	fr.	
I. Aktivstand.						
1. Baares Geld, u. z. abgefordert :	laut Kirchen-	70	20			
Gold	rechnung					
ausländische Silbermünzen						
ausländisches Papiergeld						
Zinsen von Kapitalien, welche						
aus der vor dem 1. Jänner 1881						
im Nichtstande hatten und alles						
andere	dto.	21	—	91	20	
2. Kapitalien, angelegt: laut Spe-						
zifikation						
a) bei Privaten u. z. abgefordert:	dto.	1630	—			
in Gold						
„ ausländische Silbermünzen						
„ ausländisches Papiergeld						
„ andere Geldsorten						
für bereits abgelöste Natural-						
Leistungen an geistlichen Be-						
neficien oder an Kirchen	dto.	980	—			
b) in öffentlichen Fonds	n. Kurswerth	7855	80	10465	80	
c) in anderen Werthpapieren						
3. Arbeiten in Gold und Silber						
4. Pretiosen						
5. Vorräthe, welche nicht als fun-						
dus instructus der dem Be-						
kennntnißleger gehörenden un-						
bewegl. Sachen anzusehen sind						
6. Viehstand, nicht zum fundus						
instructus der unbeweglichen						
Sachen gehörig						
7. Einrichtungsstücke und Geräth-						
schaften						
8. Bilder u. a. Gegenstände der Kunst						
9. Bücher und andere Gegenstände						
der Wissenschaft						
10. Botivgeschenke, die zum Gottes-						
dienste nicht gewidmet sind						
11. Kirchenbestände	laut Rechnung	600	—	600	—	
12. Alle anderen beweglichen Sachen						
zum fundus instructus nicht						
gehörig						
13. Natural- und Geldleistungen an	Kapitalwerth.	210	—	210	—	
geistliche Beneficien jährl. 10 fl.						
50 fr. Werth nach der Fassion				11367	—	
14. Gegenstände, von welchen im						
Grunde des Gesetzes die Be-						
freiung vom Gebühren-Aequi-						
valente angesprochen wird, oder						
welche als fundus instructus						
der unbeweglichen Sachen über-						
gegangen wurden						
15. Gegenstände, von welchen die	Werthpapiere	1800	—			
Gebührenpflicht erst später ein-	Börsekurs					
zutreten hat, laut Spezifikation						
II. Passivstand laut Spezifikation.						
Hypothekirter	laut Kirchen-	1367	—			
Nicht hypothekirter	rechnung					
III. Reiner Vermögensstand.						
Wird vom Aktivstande Post 1 bis				11367	—	
13 im Betrage von				1367	—	
der Passivstand abgezogen mit						
verbleibt reiner gebührenpflich-				10000	—	
tiger Vermögensstand						

erste (2) alle übrigen am Ende des Jahres 1880 vorhandenen Capitalien. Der Werth der öffentlichen Obligationen ist nach dem Börsenkurse vom 31. Dezember 1880 anzugeben und sind zu den Ansätzen 2 und 15 Specificationen der Obligationen mit Angabe sämtlicher Merkmale nach dem vorgeschriebenen Muster, welches sich auf der 2. und 3. Seite des Bekenntnißformulars befindet, anzugeben.

Bei Rubrik 2. P. a, 5 sind die Sammlungsablösungsbeträge einzustellen, auch wenn noch nicht alle Zahlungspflichtigen ihre Gebühr entrichtet haben; die bereits in öffentlichen Fonds angelegten Ablösungs-Capitalien gehören zu P. b.

Rubrik 3, 4, 10¹⁾ kommen nur bei Wallfahrtskirchen, wo ein sogenannter Kirchenschatz vorhanden ist, auszufüllen, dann ebenso wie Rubrik 8 und 9, bei Klöstern und Instituten, welche Kunstsammlungen und Bibliotheken²⁾ besitzen; am wenigstens geht man bei diesem Einbekenntnisse irre, wenn man, im Falle als kein besonderer Zuwachs stattfand, jene im Jahre 1870 unbekannten Beträge wieder angibt.

Rubrik 5, 6, 12, 14 beziehen sich auf Pfründen, deren Nutznießer eigentlich kein Privateigenthum besitzen, wie dieß z. B. bei den einem Kloster oder Stifte incorporirten Pfarren der Fall ist. Bei den Säkularpfründen bleiben diese Rubriken unausgefüllt.

Rubrik 11. Hier kommt der nach einer 5%igen Verzinsung capitalisirte Werth der Kirchensitzgelder nach einem 10jährigen (1871—1880) Durchschnitt, welcher in einer eigenen Beilage nachzuweisen ist, anzugeben. Um diesen Capitalswerth zu finden, braucht man nur den betreffenden Betrag mit 20 zu multipliciren. Belaufen sich z. B. die Kirchensitzgelder nach obigen

ficirung heimbezahlter Capitalien, verlorster Obligation, durch Anlage der entbehrlichen Barschaft, durch Ablösung von Geld- und Naturalleistungen hat nach §. 15 die Anmerkung 3 zur T. P. 106 B e des Gesetzes vom 13. Dezember 1861 keine Anwendung. Diese unterliegen ohne Rücksicht auf die Bestdauer vom 1. Jänner 1881 an dem Gebührenäquivalente. Die genannte Anmerkung 4 lautet: Die Verpflichtung zur Entrichtung des Gebührenäquivalentes beginnt mit Ablauf des 10. Jahres von dem Zeitpunkte an gerechnet, an welchem der Staatschatz das Recht auf die ordentliche Gebühr von dem Vermögenserwerbe erlangt hat.

¹⁾ Nach Anmerkung 2 b der T. P. 106 D sind die zum Gottesdienste gewidmeten beweglichen Sachen der Kirchen und Bethäuser vom Gebührenäquivalente befreit.

²⁾ Nach §. 19 sind Stiftsbibliotheken, wenn sie Eigenthum der Corporation und nicht ein von dieser zu Unterrichtszwecken bleibend gewidmetes, vom Eigenthum der Corporation getrenntes, selbstständiges Vermögen bilden, sind dem Gebührenäquivalente unterworfen.

Durchschnitt auf 45 fl., so ist der Werth mit 900 fl. anzusetzen.¹⁾

Rubrik 13. In der Fassion erscheint wohl, wenigstens in Oberösterreich, der Werth der Naturalleistungen (Geldgiebigkeiten) nicht angegeben; als solcher ist daher, wie bei den Betstühlen, der im Hinblick auf eine 5%ige Verzinsung sich ergebende Capitalbetrag anzusetzen. Der Ausweis über den 10jährigen Durchschnitt des Sammlungswerthes braucht nicht gerade von der Gemeindevorstellung bestätigt zu sein. Zu beachten ist, daß bei Naturalsammlungen von dem Durchschnittswerthe die 10%igen Einbringungskosten abzuziehen sind. Freiwillige Sammlungen sind nicht einzubekennen.

H. Passivstand. Bei Kirchen und Pfründen sind die Passiven durchwegs nicht hypothekirte. Diese sind in ihrem nominalen und effectiven Werthe auf der 4. Seite des Einbekennniß-Formulares specificirt; auf der 1. Seite aber summarisch anzugeben, und zwar nach dem Stande am 31. December 1880. Die Tilgung der Passiven während der Vorschreibungs-Periode bewirkt keine Aenderung im Gebührenausmaße. Wenn eine Bauschuld auf einer Pfründe lastet, so ist nach der gepflogenen Praxis des hiesigen Gebührenbemessungsamtes nicht diese, sondern der im nächsten Decennium zu zahlende Bauschilling als Passivum in Abzug zu bringen; z. B. die Bauschuld beträgt 4000 fl.; diese wird durch einen jährlichen Bauschilling (Capital und Zinsen) von 250 fl. getilgt; es kommen sonach 2500 fl. unter die Passiven einzureihen. Beträge, wie z. B. capitalisirter Werth des von der Pfründe zu leistenden Kaplangehaltes oder der Steuerleistung und dgl. werden als Passiven nicht passirt, ebenso sind nach §. 19 die aus der Stiftung zu leistenden Verbindlichkeiten nicht in Abzug zu bringen.

ad III. Wird vom Activstande Post 1 bis 13²⁾ das Passivum abgezogen, verbleibt der gebührenpflichtige Vermögensstand, von welchem das Aequivalent mit 1½% und 25%igen Zuschlag für das Decennium berechnet wird.

¹⁾ Die Funeralien-, Tafel-, Sammlungs- und Opferstockgelder bei der Kirche, Stollagegebühren, Messstipendien und andere freiwillige Gaben zur Pfründe unterliegen nach Finanz-Ministerial-Erlaß vom 3. September 1864, Z. 22.253, beziehungsweise 28. Februar 1864, Z. 52.591, nicht dem Gebührenäquivalente und ist also deren Werth nicht einzubekennen.

²⁾ In den meisten gedruckten Formularen, sowie in jenem, welches dem Finanz-Ministerial-Erlaß vom 26. Juli 1880 beigegeben ist, findet sich der wesentliche Druckfehler: 1—15, da doch Rubrik 14 und 15 ihrer Natur nach nicht zu den gebührenpflichtigen zu zählen sind.

Von dem im Formulare angegebenen Vermögen pr. 10.000 fl. beträgt die $1\frac{1}{2}\%$ ige Gebühr 150 fl.; hiezu der 25%ige Zuschlag pr. 37 fl. 50 kr.; macht zusammen 187 fl. 50 kr. für 10 Jahre; es entfällt somit für Ein Jahr ein Aequivalent von 18 fl. 75 kr.

B. Einbekenntniß des unbeweglichen Vermögens.

(Formulare auf den nächsten Seiten.)

Dieses hat nach nebenstehendem Formulare zu geschehen und ist hiebei folgendes zu beachten:

1. Für jeden Steuerbezirk ist über die in demselben gelegenen unbeweglichen Sachen eine abgesonderte Fassion zu legen und jeder Steuerbezirk für sich abzuschließen.

Diese abgesonderten Fassionen sind auf dem Titelblatte fortlaufend arithmetisch zu nummeriren. Die einzelnen Abschlüsse sind entweder, sofern es der Raum zuläßt, auf der letzten Fassion, oder im gegentheiligen Falle in einer eigenen Uebersicht auf einer Fassionsdruckorte in derselben Reihenfolge zusammenzustellen und ist sodann das Gesamtergebniß anzusetzen. Sowohl jede Fassion als auch die abgesonderte Zusammenstellung der Abschlüsse ist von dem Gebührenpflichtigen mit Beifügung des Ortes und Datums zu fertigen.

2. Grundstücke von gleicher Cultur sind zwar mit ihren Parzellen-Nummern aufzuführen¹⁾, aber es genügt das Flächenmaß, den Reinertrag und die Steuer derselben bloß summarisch anzugeben.

3. Der Umstand, daß der Gebührenpflichtige den Gebrauch oder Fruchtgenuß eines Gegenstandes an eine dritte Person überlassen hat (Pacht), überhebt ihn nicht von der Verpflichtung zur Entrichtung des Gebührenäquivalentes.

4. Jenes Vermögen, bei dem die Verpflichtung zur Entrichtung des Gebührenäquivalentes nach den Bestimmungen des §. 16 und der T. B. 106 B e) Nummerung 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 1862 erst nach dem 1. Jänner 1881 eintritt, ist in das Bekenntniß nicht aufzunehmen, sondern in einer demselben beizuschließenden Uebersicht mit Angabe des Gegenstandes, des Rechtstitels und Zeitpunktes der Erwerbung, dann des Amtes, bei welchem die Gebühr für die Erwerbung vorgeschrieben wurde. Dieser Punkt hat insbesondere auf die Grundkäufe Bezug, die vom Jahre 1872 an zur Pfründe beziehw. Kirche gemacht wurden.

¹⁾ Da das Flächenmaß und der Reinertrag aus den Katastralauszügen zu ersehen sind, so erscheint es angezeigt, sich bei Zeiten die Katastralauszüge vom k. k. Steueramte zu verschaffen, wenn solche nicht ohnehin bei der Pfründe vorhanden sind.

der Pfarrpfünde Zeging

samt fundus instructus für die Zeit vom 1. Jänner 1881 bis Ende Dezember 1890.

Blattseite des Katasters

bäude					Fundus instructus					Einbe- kannter				
Hiebon sind vermietet					nach §§. 296 und 297 a. b. G. B.					Aner- kannter oder richtig gestellt- ter				
Zur Zeit des Bekennt- nisses zu entrichtende ordentliche Steuer ohne Zuschlag					Wirthschafts- Viehstand, Vorräthe, Wägen, Acker- bau-Werkzeug, Maschi- nen-Fabriks- Einrichtungen, Brau- und Bren- nerei-Werkvorrich- tungen, Fässer, Ma- schinen-Betriebsmittel)					Gesamtbetrag				
Im Grunde des Ertrages, oder wofern keiner statt fand eines andern Werth- maßstabes					Gattung Anzahl und Menge					der Grundstücke, der Gebäude u. des Zugehörs				
an- kannter oder richtig gestellt- ter					an- kannter oder richtig gestellt- ter					Abfall und Zuwachs im Laufe des III. Decenniums laut Vertrags und Vergehung sowie weitere Anmerkungen				
Grund- steuer					Haus- classen- steuer					Werth				
Haus- zins- steuer					Werth					fl. kr. fl. kr. fl. kr. fl. kr. fl. kr.				
fl. kr.					fl. kr.					fl. kr. fl. kr. fl. kr. fl. kr. fl. kr.				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27		

„Blattseite des Katasters“ sind der amtlichen Ausfüllung vorbehalten.

Ist aber die 10jährige Besitzdauer von diesen neuen Erwerbungen eingetreten, so ist diese innerhalb 8 Tagen nach Eintritt der Verpflichtung zur Entrichtung des Gebührenäquivalentes auf dem vorgeschriebenen Muster einzubekennen.

5. Der Werth der Grundstücke ist im Allgemeinen mit Berücksichtigung der ortsüblichen Kaufpreise aus der letzten Zeit, bei Gebäuden nach den Herstellungskosten einzubekennen. Erklärt der Gebührenpflichtige, daß er in Ermangelung von Anhaltspunkten zur genauen Werthbestimmung der unbeweglichen Sachen bereit sei, den Werth der der Grundsteuer unterliegenden Realitäten mit dem 150fachen¹⁾ den Werth der der Hausklassensteuer unterliegenden Gebäude mit dem 250fachen, den Werth der der Hauszinssteuer unterliegenden Gebäude mit dem 100fachen der ordentlichen Steuer²⁾, im letzten Falle ohne Abrechnung der Hausklassensteuer, anzuerkennen, so kann auf Grund dieses Werthes die Vorschreibung erfolgen und die Beibringung von Beilagen zur Erweisung bezüglich solcher unbeweglicher Sachen unterbleiben. (§. 12.)

6. Sind die Gründe verpachtet, so ist der Pachtshilling einzubekennen und wird der Werth derselben in der Weise ermittelt, daß als solcher das zwanzigfache des Pachtes nach Abzug aller auf den Gründen liegenden Steuern (Grundsteuer sammt Drittel- und 25%igen Zuschlag, Gemeindeumlage etc.) angenommen wird.

7. Dem Gesagten zu Folge kommen daher bei dem Säkular-Kirchen- und Pfründenvermögen in dem Formulare nur die Colonnen 1—11, 19, 25 auszufüllen (bei Angabe des Werthes nach der 150fachen Grundsteuer und bei Verpachtung entfällt auch Colonne 10); Colonne 14—17 bezieht sich auf etwaige Nebengebäude, ebenso 20 und 21, wie in der Anmerkung²⁾ zu B. 5 gesagt wurde. Colonne 22, 23 ist bei Klosterpfarren entsprechend auszufüllen oder wo ein fundus instructus vorhanden

¹⁾ Die Grundsteuer beträgt 16% vom Reinertrage; da dieser in den Katasterbögen in C. M. angesetzt ist, so muß man den Ertrag in O. W. umrechnen und dann mit 16 multipliciren, oder den Betrag in C. M. mit $16\frac{8}{10}$. Der Reinertrag von einem Joch Wiese beträgt z. B. 12 fl. C. M.; hievon entfällt die Grundsteuer mit 2.016 und beträgt der Werth 302 fl. 4 kr.; in der Regel sind hier in Oberösterreich die Gründe mehr werth, als das 150fache der Grundsteuer, insbesondere Waldungen, daher man mit dieser Werthangabe gut daraus kommt.

²⁾ Kirchen und Pfarrrhöfe unterliegen in der Regel keiner Hausklassen- oder Zinssteuer; es entfällt daher die Werthangabe dieser Objecte; nur wo für Oekonomiegebäude und andere zur Kirche oder Pfründe gehörige Realitäten eine der genannten Steuern zu zahlen ist, kommt auch der Werth derselben in obiger Weise zu satiren.

ist, wobei aber bemerkt wird, daß derjenige, welcher als Werth des Reales die 150fache Grundsteuer angibt, den Werth dieses fundus instructus nicht mehr einzubekennen braucht. Bei Säkularpfründen ist der Wirthschaftsviehstand und der Ackerbaupferd- und Viehstand fast durchweg Eigenthum des Pfründennutzgenießers, dessen Werth daher nicht unbekannt werden muß. Colonne 12, 13, 18, 26 werden von den Behörden ausgefüllt. Bei Colonne 27 ist die im III. Decennium 1871—1880 vorgefallene Veränderung im Grundbesitz anzumerken (vide P. 4)

8. Von dem fixirten Werthe des unbeweglichen Vermögens ist das Aequivalent mit 3 Prozent und 25%igen Zuschlag zu bemessen. Beträgt z. B. jener 8000 fl., so entfällt ein Aequivalent von 300 fl. (240 fl. + 60 fl.), sohin für Ein Jahr eine Gebühr pr. 30 fl.

Befreiung vom Gebührenäquivalent.

Bei den Kirchen findet eine gänzliche Befreiung vom Gebührenäquivalente nicht statt; befreit von der Entrichtung sind nur die beweglichen¹⁾ Sachen der Stiftungen zu Unterrichts-, Wohlthätigkeits- und Humanitätszwecken (T. P. 106 B e Anmerkung 2 d). Nach §. 19 unterliegt das bewegliche Vermögen der geistlichen und Knaben-Seminarien gleichfalls dem Gebührenäquivalente, sofern es nicht ein zu Unterrichtszwecken gestiftetes ist. Die Erhaltung der Novizen kann dagegen nicht als Unterrichtszweck angesehen werden. Befreit endlich von der Zahlung des Gebührenäquivalents sind nach Gesetz vom 15. Februar 1877 R.-G.-Bl. Nr. 38 jene Pfründeninhaber, deren reines Einkommen den Betrag von 500 fl. nicht übersteigt. Aber alle diese genannten Fonde, Stiftungen, Anstalten und gering dotirten Pfründen müssen ihr Vermögen auf die vorher beschriebene Weise einbekennen.

Findet eine gesetzliche Befreiung statt, so ist dieselbe geltend zu machen (§. 20) und die behördliche Anerkennung zu erwirken. Dieß kann zugleich bei Einsendung des Bekenntnisses über das bewegliche und unbewegliche Vermögen geschehen. Bei ersteren (Fonde, Stiftungen und Institute) genügt der Hinweis auf die angezogene T. P. 106; bei letzteren aber ist eine eigene Fassion vorzulegen. Bei den Einnahmen dieser Fassion ist zu Folge §. 20 zu beachten, daß weder eine Congruaergänzung, noch eine dem Beneficiumsinhaber aus dem Religionsfonde zeitweise gewährte Personalzulage oder Unterstützung als ein Einkommen des Beneficiums

¹⁾ Die unbeweglichen Sachen, nämlich die dazu gehörigen Realitäten, Gründe unterliegen der Aequivalent-Steuer.

veranschlagt werden darf. Bei den Ausgaben ist aber nach §. 20 zu berücksichtigen:

a. Für jeden Hilfspriester, welchen der Beneficiat zu erhalten verpflichtet ist, sind 210 fl. ö. W. anzurechnen; ist aber das Einkommen des Hilfspriesters gestiftet, das gestiftete Einkommen, selbst wenn es mehr als 210 fl. jährlich beträgt; wenn es aber weniger beträgt, daselbe und der auf 210 fl. ö. W. fehlende Betrag;

b. alle Auslagen, welche zu Gunsten dritter Personen aus dem Pfründenvermögen nach der Bestimmung der Stiftung gemacht werden müssen, als z. B. für eine Kirche, Schule, ein Hospital u. s. w. sind zu verrechnen, ebenso

c. Alle Steuern und öffentliche Gaben sammt Zuschlägen, Passivzinsen u. s. w. welche der Beneficiat zu bestreiten verpflichtet ist.

Uebersteigt das solchergestalt ermittelte reine Pfründeneinkommen die Summe von 500 fl., so hat der Beneficiat das Gebührenäquivalent nur in so weit zu entrichten, als dasselbe in dem die Summe von 500 fl. übersteigenden Betrage die Bedeckung findet. Z. B. das Äquivalent würde nach dem Bekennnisse sich auf jährlich 15 fl. berechnen; das reine Einkommen beträgt aber nach der Fassion nur 507 fl., so hätte der Pfründeninhaber nur 7 fl. und nicht 15 fl. zu entrichten.

Die ungestempelte Eingabe ist an das k. k. Gebührenbemessungsamt zu richten und ist in derselben einfach die persönliche Befreiung vom Gebührenäquivalent auf Grund der anliegenden Fassion und in Hinblick auf das Gesetz vom 15. Febr. 1877 nachzusehen¹⁾.

Schließlich noch folgende Bemerkungen:

1. Das Vermögen der Beneficien, Kirchen und Stiftungen ist getrennt zu fatiren; unter letzteren versteht man solche, über welche eine eigene Rechnung gelegt wird, wie z. B. Paramentenstiftung, Missionsstiftung, Kaplanstiftung u. dgl. Damit die Kirche keinen Schaden leide, erscheint es angezeigt, daß die Meßnerdienstcapitalien getrennt von dem übrigen Kirchenvermögen fatirt werden und dann das Äquivalent von dem Meßner beglichen wird.

2. Für die Unterlassung der Einbekennung bis zum festgesetzten Termine (30. April) kommt der §. 80 des Gebühren-Gesetzes in der Art anzuwenden, daß die zweifache Gebühr während des ganzen zehnjährigen Zeitraumes, für welchen die Bemessung des Gebührenäquivalentes zu geschehen hat, einzuheben

¹⁾ Ringer theol. Quartalschrift vom J. 1878 S. 131.

ist, wofern der Aequivalentpflichtige nicht früher aus jenem Genuße tritt, dessen Einbekennung er unterlassen hat. Es ist also darauf zu achten, daß die Kirchenrechnungen pro 1880 bei Zeiten verfaßt werden, um auf Grund derselben die rechtzeitige Einbekennung machen zu können.

3. Die Verheimlichung oder unrichtige Angabe¹⁾ der einzubekennenden Gegenstände unterliegt nach §. 84 Z. 3 des Gesetzes vom 9. Februar 1850 der Behandlung nach dem Strafgesetze über Gefällsübertretungen.

4. Recurse gegen die Bemessung oder Eingaben um Abschreibung der Doppelgebühr wegen verspäteter Einbekennung sind an die k. k. Finanz-Direktion des betreffenden Landes zu richten; ein weiterer Recurs gegen deren Entscheidung aber an das k. k. Finanz-Ministerium.

5. Alle Eingaben (mithin auch Beilagen), die sich auf die Gebührenbemessung beziehen, sind unbedingt stempelfrei. Beschwerden oder Recurse gegen die Entscheidungen über solche Eingaben bedürfen des Stempels, und zwar wenn die Gebühr 50 fl. nicht überschreitet, von jedem Bogen 15 kr., wenn sie 50 fl. überschreitet, von jedem Bogen 36 kr.²⁾.

Pastoralfragen und Fälle.

I. (Die feierliche Spendung der Taufe — außer der Kirche: in der Sakristei oder in einem Zimmer des Pfarrhofes.) Es wurde uns die Frage vorgelegt: An manchen Orten besteht „der Brauch“, die Taufe in der Sakristei zu spenden — auch im Sommer. Darf man sich nach diesem Brauche richten? Und wie denn im Winter? Ist es im Winter gestattet, etwa in einem Zimmer des Pfarrhofes zu taufen?

Was den Gebrauch, die Taufe in der Sakristei feierlich zu spenden, betrifft, so ist die darüber vorgelegte Frage von der competentesten Auctorität längst schon kurz und klar beantwortet. Ganz dieselbe Frage wurde nämlich von dem Erzbischofe von St. Jakob, der Hauptstadt der Republik Chile in Südamerika, an die Congregation für heilige Gebräuche gestellt mit folgenden Worten: An, ubi viget consuetudo, li-

¹⁾ Von dem Gebührenbemessungsamte werden die Bekenntnisse an das k. k. Steueramt zur Ueberprüfung gesendet, welche bei etwaigen Differenzen mit den Aequivalentpflichtigen das Einvernehmen zu pflegen haben.

²⁾ Gebührengesetz T. P. 44, q.